

+#

UNIVERSITÄT SIEGEN

Fachbereich 1

Untersuchung zur

**Einstellung von Studierenden des
Fachbereichs Sozialwissenschaften der
Universität Siegen zum Zusammenhang von
Unterhaltung, Freizeit, Politik und Medien**

von Mario Petri

Einleitung

Insgesamt wurden 202 Studierende, hauptsächlich des Fachbereichs 1¹, hinsichtlich ihrer Einstellung im Zusammenhang von Unterhaltung, Freizeit, Politik und Medien mittels eines schriftlichen Fragebogens befragt. Damit wurden 25 % der Studierenden des Fachbereichs 1 erfasst. Die Fragebögen erhielt der Verfasser nach Abschluss der Befragung unmittelbar wieder zurück, sodass die Rücklaufquote dementsprechend 100 % betrug. Aufgrund nicht vollständig beantworteter Fragen waren jedoch nur 183 dieser 202 zu verwerten. Die Ausschöpfungsquote entsprach demnach trotzdem noch 90,6 %.

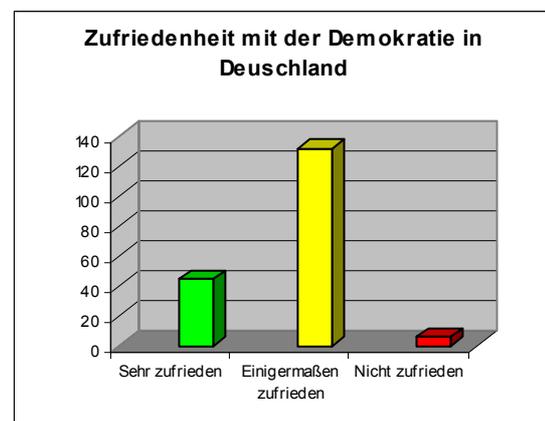
Die Erhebung wurde anonym durchgeführt, die geforderten persönlichen Daten beschränkten sich auf Geschlecht, Konfession, Alter und angestrebten Studienabschluss.

Soziodemographische Daten

Die 108 männlichen Teilnehmer der Befragung waren mit 59,02 % etwas stärker vertreten, als ihre 75 weiblichen Kommilitonen (40,98 %). Konfessionell betrachtet bekannte sich knapp die Hälfte mit 47,54 % zum katholischen und 37,7 % der Teilnehmer zum evangelischen Glauben. Angehörige anderer Glaubensgemeinschaften waren mit 1,64 % sehr gering vertreten. Konfessionslos waren insgesamt 13,11 %. Das Durchschnittsalter lag insgesamt bei 22,43 Jahren, wobei hier festzustellen war, dass diese Ermittlung, aufgrund des hohen Alters einzelner Kommilitonen, erheblich beeinflusst wurde. Der hier repräsentivere Median liegt bei 21,00 Jahren und weist hier eine deutliche Diskrepanz zum arithmetischen Durchschnittsalter auf. Hinsichtlich des angestrebten Studienabschlusses bemerkt man eine deutliche Dominanz des noch relativ neuen Bachelorabschlusses, den 72,13 % der Befragten anstreben. Die klassischen Studienabschlüsse Magister² (18,03 %), Lehramt (6,56 %) und Diplom (3,28) nehmen nur einen relativ geringen Anteil ein.

Die Einstellung zu Demokratie, Staatsform und Politik

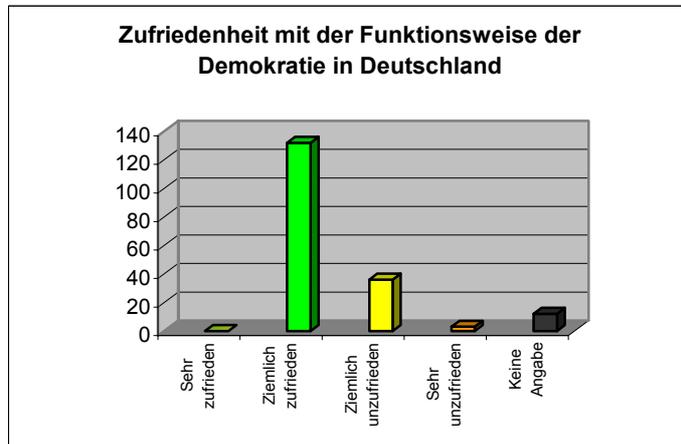
Die grundsätzliche Zufriedenheit der Befragten mit der Demokratie in Deutschland ist insgesamt recht hoch mit leicht positiver Tendenz. Diese mittlere Position hängt, wie im weiteren Verlauf der Studie noch ersichtlich wird, mit der relativ gemäßigten Einstellung der Studenten gegenüber dem



¹ Sozialwissenschaften, Philosophie, Theologie, Geschichte

² Einschreibung letztmalig zum Wintersemester 2001/2002

durch die Medien vermittelten Bild der politischen Akteure zusammen. Dennoch erhält die Funktionsweise der bundesdeutschen Demokratie eine vergleichsweise gute Bewertung. Demnach würden 47,54 % der Befragten einer diskursiven Auseinandersetzung unsere bestehende Staatsform vehement verteidigen, bzw. positiv Stellung für Sie beziehen. Trotzdem halten die Befragten in Einzelaspekten Änderungen der gegenwärtigen Situation



für sinnvoll. So sind beispielsweise 59 % der Ansicht, dass wichtige Gesetze, abweichend von der gegenwärtigen Situation, per Volksentscheid beschlossen werden sollten. Hinsichtlich der Frage, ob politische Entscheidungen nicht besser den Fachleuten statt den Politikern überlassen werden sollten, überwiegte nur leicht die Ansicht

(55,74 %), dass dies auch weiterhin den Politikern obliegen sollte. Der überwiegende Teil der Teilnehmer hat sich mit 54,1 % dafür ausgesprochen, dass auch weiterhin die Kandidaten und nicht etwa Vertreter aller Berufsstände in den Bundestag berufen werden sollen. Eine Ausdehnung der parteiinternen Basisdemokratie wird von den Befragten nicht als erforderlich erachtet, da knapp zwei Drittel der Studierenden der Ansicht sind, dass die Abgeordneten des Bundestages persönliche Entscheidungen unabhängig von den Beschlüssen der Parteiversammlungen fällen sollen. Eine gleiche Anzahl ist allerdings ebenso der Meinung, dass die Bürokratie in Deutschland einen so hohen Stellenwert besitzt, dass die Abgeordneten bei ihren Entscheidungen auf diese angewiesen sind. Dass das allgemeine Wahlrecht grundsätzlich ein wichtiges Recht in der Demokratie ist, haben einstimmig alle Untersuchungsteilnehmer befürwortet. Interessanterweise sind jedoch einige der Befragten (14,75%) der Meinung, dass genau dieses allgemeine Wahlrecht unverantwortlich sei, da sich viele Wähler durch Schlagworte, Kampagnen und vor allem die Medien bei ihrer Entscheidung maßgeblich beeinflussen lassen.

Im Folgenden wurden die Untersuchungsteilnehmer dahingehend befragt, was ihnen an unserer Demokratie besonders gefällt. Hier hat sich ein relativ eindeutiges Bild ergeben, welches sehr stark an den demokratischen Idealtypus angelehnt ist. Die recht subjektive Fragestellung, ob Wahlen der beste Weg seien, um zu einer guten Regierung zu kommen, wurde durch insgesamt 93,44 % bejaht. 81,97 % waren zwar der Ansicht, dass in einer Demokratie vieles nicht so funktioniere, wie man es wünsche, sie allerdings trotzdem die bestmögliche Staatsform sei.

Dass die freie Meinungsäußerung im Gegensatz zu anderen Herrschaftsformen ein wichtiges Element der Demokratie ist wurde mit 95,08 % durch einen sehr großen Anteil der Befragten befürwortet. Ein ambivalentes Bild ergibt sich aber hinsichtlich der ebenfalls im Artikel 5 des Grundgesetzes zugesicherten Pressefreiheit, denn hier waren 40,98 % der Befragten der Ansicht, dass sie nicht der beste Weg sei um wirklich informiert zu werden.

Durch Politiker begangene Fehler können laut 60,66 % der Studierenden in einer Demokratie nicht so leicht vertuscht werden, wie in einer Diktatur. 90,16 % waren sogar der Meinung, dass man Politiker, die extreme Fehler begangen hätten in einer Demokratie zum Rücktritt zwingen kann, was in einer Diktatur nicht funktionieren würde.

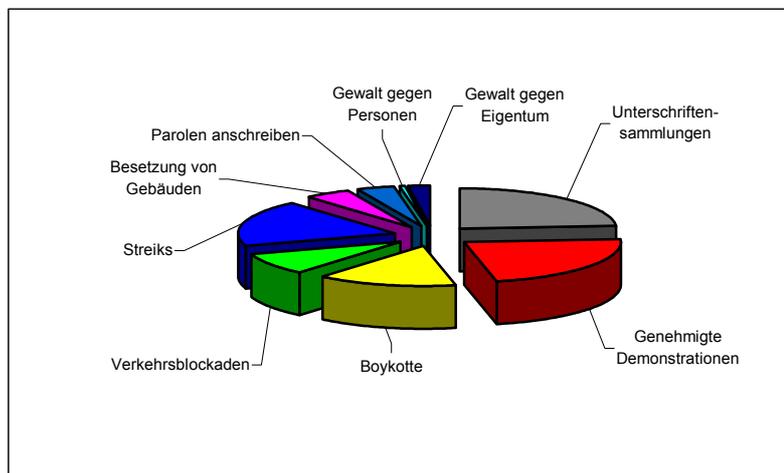
Der Stellung des Einzelnen werde, so die Befragten, in einer Demokratie ein wesentlich höherer Stellenwert beigemessen als in anderen Herrschaftsformen. So waren 88,52 % bzw. 83,16 % der Ansicht, dass die politischen Partizipationsmöglichkeiten vor einem demokratischen Hintergrund am größten sind, das Individuum in einem demokratisierten Staat am wenigsten unter Druck gesetzt werden könne und somit ein größtmögliches Maß an Freiheit genießt.

Hinsichtlich der praktischen, alltäglichen Ausgestaltung des demokratischen Systems wurden die Befragten mit einer Reihe von Thesen konfrontiert, zu welchen sie entweder ihre Zustimmung oder Ablehnung zum Ausdruck bringen sollten. So wurde die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Interessengruppen und ihren divergierenden Forderungen an die Gesellschaft lediglich mit 29,51% Zustimmung als schädlich für das Allgemeinwohl angesehen. Mit 96,72% wurde hingegen das bürgerliche Recht, für seine Überzeugung auf die Strasse zu gehen, mit überwältigender Mehrheit der Befragten anerkannt. In diesem Zusammenhang haben sich jedoch nahezu zu gleichen Teilen die Teilnehmer der Befragung dafür und dagegen ausgesprochen, dass der Bürger sein Recht zu derartigen Aktionen verliert, wenn dadurch die öffentliche Ordnung gefährdet wird. 9 von 10 Teilnehmern (90,16%) sprechen sich gegen die These aus, dass es in jeder demokratischen Gesellschaft bestimmte Konflikte gibt, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen. Gleichsam sprechen sich davon unabhängig 96,72% der Befragten dafür aus, dass jeder das Recht haben sollte für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Ansicht ist. Hinsichtlich der innerparlamentarischen politischen Opposition sehen nahezu zwei Drittel die Hauptaufgabe darin, die Arbeit der jeweiligen Regierungsmehrheit zu unterstützen und sie nicht in ausschließlicher Kritik zu begrenzen. Dies ist damit im Zusammenhang zu sehen, dass sich gleichzeitig 96,72% der Befragten dafür aussprachen,

dass eine lebensfähige Demokratie einer politischen Opposition zwangsläufig bedürfe. Hierbei wird mit 77,05% gleichsam jeder demokratischen Partei die Chance zugestanden, selbst die Regierung zu stellen. Grundsätzlich sprechen sich 83,61 % der Studienteilnehmer dafür aus, dass die Interessen des gesamten Volkes immer über den Sonderinteressen des Einzelnen stehen sollten.

Aus dem demokratisch anerkannten Grundmuster heraus manifestiert sich dann auch die Aussage der Mehrheit der Befragten, dass politisch notwendige Veränderungen am ehesten im parlamentarischen Rahmen (72 von 183) und durch die Wahrnehmung der individuellen Bürgerrechte, z.B. Demonstrationen und Bürgerinitiativen, erreicht werden. Lediglich wenige sprachen sich für die Anwendung physischer Gewalt aus oder ergaben sich einem gewissen historischen, unpolitischen Phlegma. Diese Einstellung spiegelt sich auch in der mehrheitlichen Positionierung der Befragten für die Nutzung des Wahlrechts (75 von 183) sowie legaler einzelner und kollektiver Maßnahmen wie z.B. Petitionen, Demonstrationen und Streiks (78 von 183) zur individuellen Einstellung bei gesellschaftlicher Unzufriedenheit wider.

Hinsichtlich der Beteiligung an Protestmaßnahmen fällt auf, dass die Teilnahmebereitschaft von legalen hin zu illegalen Maßnahmen kontinuierlich fällt. Dementsprechend würden die meisten Befragten zu den Mitteln Unterschriftensammlungen und genehmigte Demonstrationen greifen. Die Wirksamkeit dieser beiden Protestformen wird allerdings größtenteils als gering angesehen. Streiks und Boykotte bewegen sich, trotz Legalität, mit 68,85 % bzw. 54,10 % im Mittelfeld. Streiks wird insgesamt mit 65,03 % eine hohe Wirksamkeit unter-

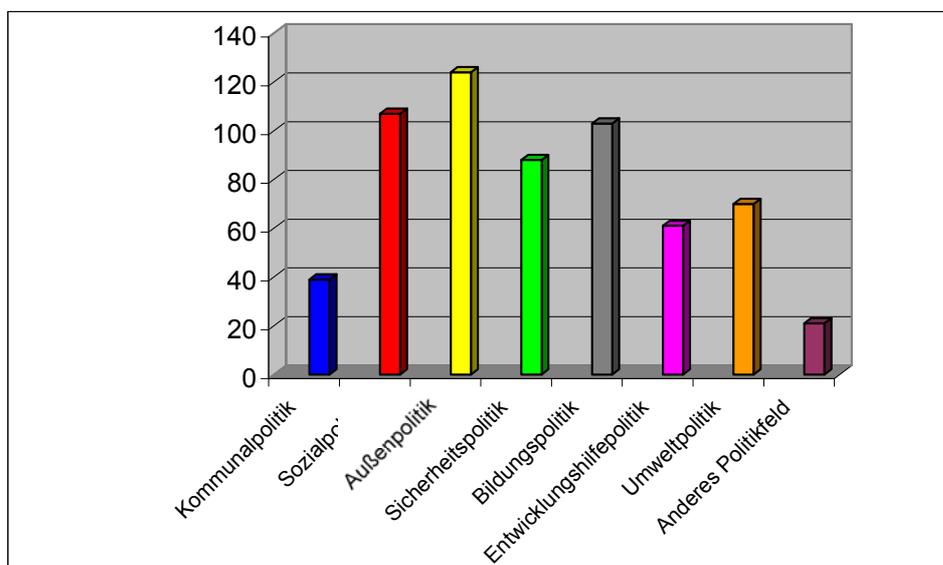


stellt. Boykotte hingegen werden, wie den beiden vorstehenden Protestformen auch, insgesamt eine geringe Wirksamkeit attestiert. Zu Verkehrsblockaden würde noch gut ein Drittel der Befragten greifen, jedoch wird auch diesen nur eine geringe bis gar keine Wirksamkeit bestätigt. Im Bereich der illegalen Protestformen ergibt sich ein vollkommen anderes Bild, wobei allen gemeinsam ist, dass ihre Wirksamkeit als äußerst gering eingeschätzt wird. Die Besetzung von Gebäuden und das Anschreiben von Parolen an Gebäuden würden 18,03 % bzw. 14,75 % der Studierenden als sinnvolle Protestform

erachten, wobei Gewalt gegen Eigentum und gegen Personen mit 8,2 % und 1,64 % nur durch einzelne Personen in Betracht gezogen wird.

Bezogen auf den Charakter der Politik der letzten Jahre ist ein sehr hoher Anteil (60,66%) der Befragten der Ansicht, dass sich Politik bzw. Teile von ihr für die Benachteiligten einsetzt. Dies zeugt ebenso wie die relativ hoch eingeschätzte Frage, dass Fehler und Verfehlungen in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen ebenso vorkommen wie in der Politik (57,92 %), doch von einem hohen Maß an Vertrauen in die Politik. Dementsprechend sprechen sich auch nur 26,78 % für eine Verringerung der den Politikern zugebilligten Macht aus und nur 11,48 % vertreten die These, dass nur solche Mitbürger in der Politik aktiv werden, die ansonsten beruflich wenig erfolgreich waren. Die grundsätzlich positive Einstellung gegenüber der zurückliegenden Politik beweist auch, dass 41,53 % der Untersuchungsteilnehmer der Ansicht sind, dass Politik gegen Kriminalität kämpft und Sicherheit schafft sowie 36,07 % meinen, dass sie sich um eine möglichst optimale Organisation des Gemeinwesens bemüht.

Nun soll das Interesse der Studierenden an den einzelnen Politikbereichen betrachtet werden. Das größte Interesse gilt wohl mit 67,76 % der Außenpolitik. Ihr folgen fast gleichwertig die beiden Bereiche Bildungspolitik (56,28 %) und Sozialpolitik (58,47 %). Diesen beiden Bereichen folgt mit 48,09 % die Sicherheits- und Kriminalitätspolitik, die Umweltpolitik (38,25 %), die Entwicklungshilfepolitik (33,33 %) und mit 21,31% die Kommunalpolitik. Andere Politikbereiche wie Wirtschaftspolitik bilden mit 11,48 % das Schlusslicht des Interesses.



Hinsichtlich des Engagements der Untersuchungsteilnehmer in der Politik wird zunächst grundsätzlich zwischen den Studierenden unterschieden, die sich in der Politik engagieren und jenen, die sich nicht engagieren möchten.

Rund 41 % der Befragten gaben an, sich in der Politik zu engagieren. Die Gründe hierfür liegen vorrangig darin, dass die Teilnehmer dadurch Verbesserungen in der Politik erreichen (69,33 %), bzw. etwas im Sinne ihrer Ideale verändern möchten (62,67 %). Weiterhin gaben 46,67 % an, dass sie dies aus Gründen einer beruflichen Perspektive, z.B. zur Kontakterzeugung zu Politikern als potenziellem Arbeitgeber, tun. Die Motive die eigenen Interessen durchsetzen zu wollen (25,33), für die Armen dieser Welt kämpfen zu wollen (16 %) und über politisches Engagement Klassenkampf gegen das Kapital zu betreiben (8 %) haben hier augenscheinlich eher nachrangige Bedeutung.

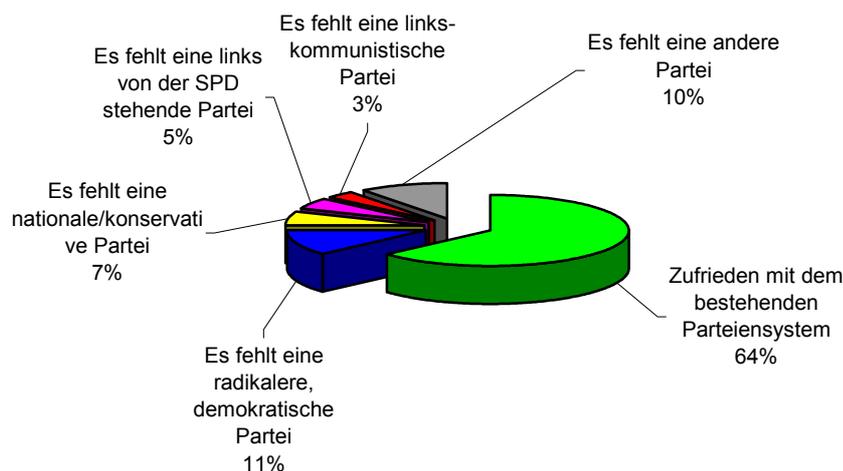
Eine Mitgliedschaft in einer Partei ist für eine politische Betätigung aber nach Ansicht der Studenten offensichtlich nicht erforderlich. So gaben 28 % an, Mitglied einer politischen Partei zu sein (Bundesdurchschnitt 3 %). Die Parteimitgliedschaft wird von rund zwei Dritteln genutzt, um Einfluss auf bestimmte Entscheidungen zu nehmen. Rund die Hälfte der Parteimitglieder meinte zudem, in der Partei ihre persönlichen Interessen und Ideale verwirklichen zu können, sowie dort Freunde und Geselligkeit finden zu können.

Ein Hauptargument, sich in der Politik nicht zu engagieren war der Zeitfaktor, den 36,04 % der Befragten als Grund angaben. Weiterhin war knapp 30 % der Studierenden das berufliche Fortkommen wichtiger als politisches Engagement. Erstaunlicherweise gaben zudem 28,83 % der Untersuchungsteilnehmer an, nichts von Politik zu verstehen und aus diesem Grunde keiner politische Betätigung nachzugehen. Von Resignation zeugt die Tatsache, dass ein Viertel der Befragten der Auffassung ist, dass sie ohnehin nichts verändern können. Eine widersprüchliche Situation ergibt sich dadurch, dass zwar 18,92 % der Befragten mit der politischen Situation in der BRD zufrieden sind, aber nur 2,7 % meinen, dass die Politiker ihre Aufgaben gut erfüllen. Ein offensichtlich ebenfalls gewichtiger Grund für die politische Abstinenz von 24,32 % der Studierenden sind die vorrangigen sozialen Kontakte mit Freunden und der Familie, sowie für 20,72 % eine unterhaltsame Freizeitgestaltung. Die Begründung, dass Politik sie anwidert gaben nur 2,7 % der Untersuchungsteilnehmer als Hinderungsgrund für politische Betätigung an.

Im Folgenden werden nun die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland näher betrachtet. Dass die politischen Parteien sich nicht nur nach ihrer Programmatik, sondern auch faktisch und nach ihrer Zielsetzung unterscheiden, befinden 85,25 % bzw. 63,39 % der

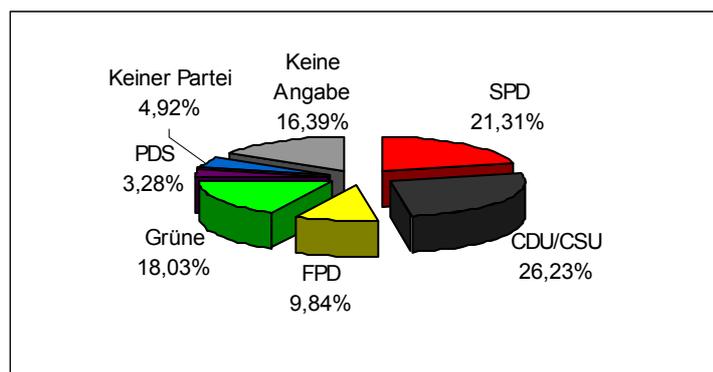
Studierenden. Dass diese insgesamt jedoch als zuverlässig und verantwortungsbewusst anzusehen sind, befürworten nur noch 40,98 %. Ein noch geringerer Anteil der Befragten (36,07 %) findet, dass die Bundesbürger durch die Parteien insgesamt recht gut vertreten werden. Dennoch sind über die Hälfte der Teilnehmer (55,74 %) der Ansicht, dass die Parteien durchaus eine Zukunftsorientierung bieten. Ebenso wird den Parteien hinsichtlich innerparteilicher, unseriöser Absprachen ein gutes Zeugnis ausgestellt, da 63,39 % der Befragten davon ausgehen, dass diese, zumindest nicht über Gebühr, nicht stattfinden.

Die Zufriedenheit der Untersuchungsteilnehmer mit den gegenwärtigen politischen Parteien fällt relativ unterschiedlich aus. Auch wenn 63,39 % mit den vorhandenen Parteien zufrieden sind, finden immerhin 11,48 %, dass eine radikalere, demokratische Partei fehlt. Ein relativ geringer Anteil von 6,56 % vermisst eine nationale/konservative Partei, 4,92 % eine links von der SPD stehende Partei und 3,28 % eine links-kommunistische Partei. Das Fehlen



einer anderen Partei beklagen insgesamt 10,38 %, wobei rund ein Drittel diese nicht genauer spezifiziert hat. Ungefähr ein weiteres Drittel vermisst eine radikalere christlich-konservative Partei. Jeweils 15,79 % wünschen sich eine weitere Partei, die problemorientierter handelt bzw. eine bessere Zusammenarbeit mit anderen Parteien praktiziert.

Wie vorstehend erwähnt, ist ein Großteil der Untersuchungsteilnehmer mit den bestehenden politischen Parteien zufrieden. Dementsprechend wird die momentan bundesweit vorherr-



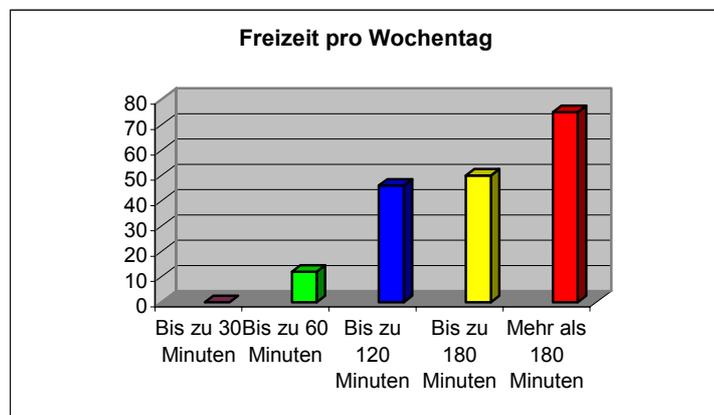
schende politische Stimmung auch durch die Studierenden entsprechend wiedergegeben. Zu erwähnen ist allerdings, dass ein relativ großer Anteil der Studierenden (16,39%) keine Angabe dazu machen wollte, welche Partei sie bevorzugen.

Außerparteilichem politischem oder sozialem Engagement kommen gut ein Viertel der Teilnehmer nach. Ungefähr die Hälfte dieser Aktivitäten (45,83 %) erstreckt sich auf kirchliche Tätigkeiten und 12,5 % kommen ihren Interessen in einer Umweltschutzgruppe nach. Eine untergeordnete Rolle spielt das Engagement in der Friedensbewegung (6,26 %) und der Frauenbewegung (4,17 %). Völlig bedeutungslos präsentieren sich kommunistische und nationalistische Gruppen, für die sich keiner der Teilnehmer einsetzt. Eine Mitgliedschaft in einer anderen, nicht näher bezeichneten Gruppe gaben 18,75 % an.

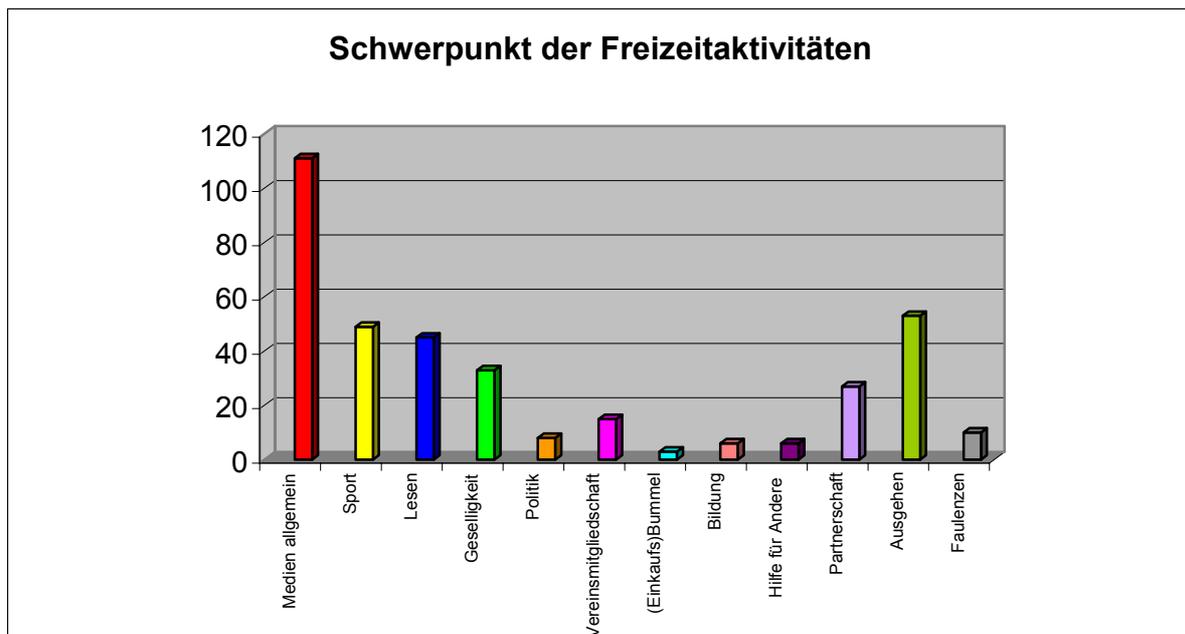
Die ehemals stark frequentierten politischen Hochschulgruppen haben heute offensichtlich keine große Bedeutung mehr, da nur 3,28 % der Untersuchungsteilnehmer angaben, in einer solchen aktiv zu sein.

Die Bedeutung der Freizeit

Im Teil II der Erhebung wurden die Studierenden hinsichtlich der Gestaltung und Einteilung ihrer Freizeit befragt. Die zunächst behandelte Frage, wie viel Zeit den Studierenden täglich zur freien Verfügung steht, zeigte, dass der Großteil der Befragten zeitlich über relativ umfangreiche Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung verfügt. So gaben knapp 41 % an, täglich mehr als drei Stunden ohne jegliche anderweitige Verpflichtungen zur Verfügung zu haben.



Bei näherer Betrachtung der Verwendung dieser Freizeit fällt auf, dass der Großteil der Untersuchungsteilnehmer sehr viel Zeit für den Medienkonsum verwendet. Aber auch Sport, Lesen und Ausgehen bilden für viele Studierende einen Schwerpunkt ihrer Freizeitaktivitäten. Zeit für Geselligkeit oder auch die Partnerschaft wird mit 18,03 % bzw. 14,75 % bereits nur sehr verhalten, für Vereinsmitgliedschaften, Faulenzen, Politik, Bildung, soziales Engagement und Einkaufsbummel jedoch noch sehr viel weniger investiert.



Bei den Zielen der Freizeitbeschäftigung fallen die Ergebnisse ähnlich wie die gewählten Schwerpunkte der Freizeitgestaltung aus. So stehen Entspannung von den Anforderungen des Alltags, Unterhaltung und die Pflege sozialer Kontakte mit 79,78 % bzw. 68,85 % und 60,11 % im Gegensatz zu gesellschaftspolitischem Engagement (9,84 %) sehr hoch im Kurs.

Das persönliche Verhalten der Untersuchungsteilnehmer in einer Gruppe innerhalb der Freizeit gestaltet sich recht unterschiedlich. So gaben zwei Drittel der Studierenden an, eine offene Diskussion anzustreben, jedoch nur 21,31 % sich auch überwiegend durchzusetzen. Diplomatisches und vermittelndes oder defensives Verhalten gab rund die Hälfte bzw. ca. 14% der Befragten an. 26,23 % der Teilnehmer möchten innerhalb der Gruppe etwas zu sagen haben und im Mittelpunkt stehen. Der Hauptbezugspunkt für das Gruppenverhalten ist jedoch der Lernaspekt, denn 58,47 % der Studierenden möchte in der Gruppe etwas Neues lernen.

Die Frage, ob Engagement in einem Verein Ersatz für parteipolitische Aktivität sein könnte, wurde von 70,49 % der Befragten dahingehend beantwortet, dass dies in manchen Situationen zutrifft. 21,31 % waren von dieser These fest überzeugt und lediglich 8,2 % lehnten dies strikt ab.

Nun wurden die Untersuchungsteilnehmer zu verschiedenen Werten bezüglich des Verhältnisses zwischen Freizeit und Politik befragt und gebeten diese gegeneinander abzuwägen. Dabei zeigte sich, dass der überwiegende Teil der Studierenden der Freizeit und der Politik eine gleiche Wichtigkeit attestieren. Nur 4,92 % sprachen sich dafür aus, dass Politik wichtiger sei als Freizeit, dem entgegen befanden allerdings 27,87 % die Freizeit für

wichtiger als die Politik. In diesem Trend liegt auch die Auffassung der Hälfte der Teilnehmer, dass das soziale Leben, wie beispielsweise Familie, Freundschaft usw. wichtiger seien als Politik. Offensichtlich ist auch ein großer Teil der Studierenden (40,98 %) der Meinung, dass nicht nur durch das politische System, sondern vor allem in der Freizeit der Bürger demokratisch geprägt wird. Gemischt stellt sich allerdings die Haltung dar, dass man Freizeit und Politik nicht trennen kann, denn 19,67 % der Studierenden befürworten diese Aussage und 14,75 % lehnen sie ab.

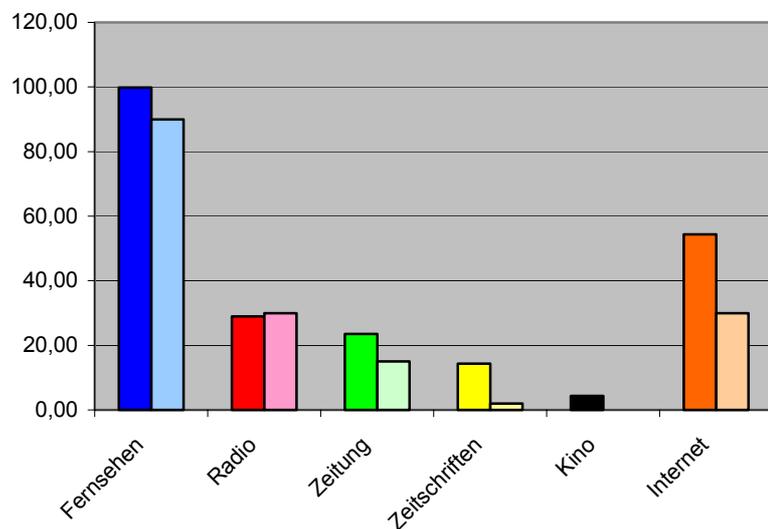
Die Bedeutung der Medien

Dieser Abschnitt befasst sich im Wesentlichen mit den Medien und der Beziehung der Studierenden zu ihnen.

Hinsichtlich der Aufgabe der Medien ist der Großteil der Befragten (92,35 %) der Meinung, dass diese allgemein über das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben zu informieren. Rund zwei Drittel der Teilnehmer sind zudem der Auffassung, dass die Vermittlung von Informationen für den Beruf, sowie eine Ablenkung und Entspannung von eben dieser Arbeit eine wichtige Aufgabe der Medien ist. 57,38 % der Untersuchungsteilnehmer sind auch der Ansicht, dass die Medien nicht nur über nationale und internationale, sondern auch über regionale und lokale Begebenheiten berichten sollen. Noch knapp ein Drittel meint, dass Werbung und Verbraucherinformationen ebenfalls in den „Zuständigkeitsbereich“ der Medien fallen.

Die Studierenden verwenden für die verschiedenen Medien unterschiedlich viel Zeit. Das Fernsehen nimmt mit durchschnittlich 99,84 Minuten³ pro Tag erwartungsgemäß die Stellung des am häufigsten konsumierten Mediums ein. Im Trend der letzten Jahre liegt die Zunahme der Nutzung des

Internets: Hier gaben die Befragten eine durchschnittliche tägliche Nutzung von 54,34 Minuten⁴ an. Allerdings fällt die Internetbenutzung der einzelnen Studierenden äußerst unterschiedlich aus, die sich zwischen gar keiner Nutzung und einer



³ Median: 90 Minuten

⁴ Median: 30 Minuten

Nutzungsdauer von 300 Minuten pro Tag bewegt. Besonders deutlich wird dies durch die Diskrepanz zwischen der durchschnittlichen Nutzungsdauer und dem Median, der lediglich bei 30 Minuten liegt. Interessanterweise zeigt sich beim klassischsten Medium, der Zeitung, ein sehr ähnliches Nutzungsverhalten. Die durchschnittliche tägliche Nutzung liegt bei 23,52 Minuten, wohingegen der Median lediglich bei 15 Minuten liegt. Der Grund hierfür liegt wiederum in den sehr unterschiedlichen Nutzungsgewohnheiten der Teilnehmer. Ganz anders verhält sich dies bei der Nutzung des Radios. Die durchschnittliche tägliche Nutzungsdauer (28,93 Minuten) und Median (30 Minuten) liegen hier sehr dicht beieinander, was auf eine relativ gleichmäßige Nutzung dieses Mediums schließen lässt. Zeitschriften und vor allem Kinobesuche nehmen in diesem Kontext eine untergeordnete Stellung ein.⁵

Wie bereits erwähnt, ist das Fernsehen das am stärksten frequentierte Medium. Die Untersuchungsteilnehmer wurden nun hinsichtlich der persönlichen Zweckerfüllung des Fernsehens befragt. Die beiden häufigsten genannten Nutzungszwecke waren der Unterhaltungs- (96,72 %) und der Informationsaspekt (93,44 %). Knapp die Hälfte der Studierenden (48,63 %) betrachtet den Fernsehkonsum unter dem Gesichtspunkt der Erholung. 39,89 % der Studierenden gab an, dass sie das Fernsehen nicht nur unterhält, sondern ihnen sogar Spaß macht. Als eine Hilfe sich in der Umwelt besser orientieren zu können bzw. allgemeine Hilfestellung zu geben sehen nur 13,11 % bzw. 9,84 % der Befragten. Ein Fünftel der Teilnehmer war der Ansicht, dass der Fernsehkonsum ihre Meinung manipuliert und 13,66 % waren sogar der Ansicht, dass sie dieses Medium aggressiv macht.

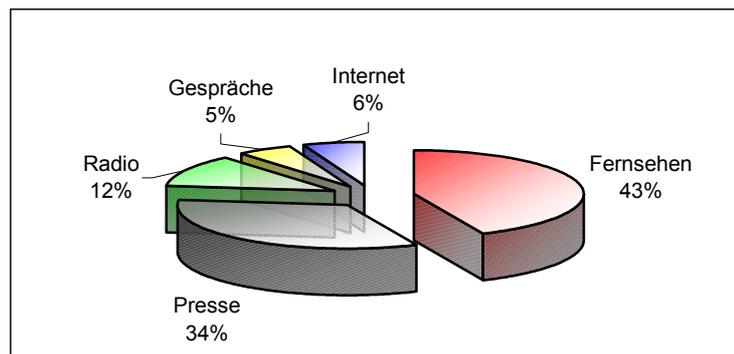
Bei näherer Betrachtung der genauen Fernsehnutzungsgewohnheiten der untersuchten Gruppe fällt auf, dass das bereits oben genannte Informationsbedürfnis am stärksten wiegt. Dementsprechend gab das Gros an, das Fernsehen einzuschalten um Nachrichtensendungen sehen zu können. Noch 43,17 % gaben an, politische Magazine regelmäßig zu konsumieren und nur 13,11% schauen sich Verbrauchersendungen an. Die restlichen Sendungen erstrecken sich rein auf den Unterhaltungsaspekt. Die Spitzenpo-

⁵ Die Zeitschriften nehmen eine durchschnittliche tägliche Nutzung von 14,3 Minuten (Median 2 Minuten) und der Kinobesuch von 4,3 Minuten (Median 0 Minuten) ein.

sition nehmen hierbei die Serien ein, die mit 53,55 % über die Hälfte der Studierenden regelmäßig nutzt. Diesen folgen mit 40,98 % die Spielfilme als klassische Unterhaltungsform und die daily soaps, die sich noch rund ein Viertel der Studierenden ansehen. Eine relativ untergeordnete Rolle spielen erstaunlicherweise Gewinn- und Talkshows, die nur von 12,02% und 11,48 % der Teilnehmer in ihrem Fernsehprogramm bevorzugt werden.

Auch als Quelle für den Bezug politischer Informationen behält das Fernsehen seine dominante Rolle, da 83,61 % der Studierenden dieses Medium für ihre diesbezügliche Informationsbeschaffung nutzen.

Aber auch das klassischste Medium, die Presse, wird von rund zwei Drittel der Befragten hierfür genutzt. Das Radio nutzt nur weniger als ein Viertel der Teilnehmer für die politische Informationsgewinnung.



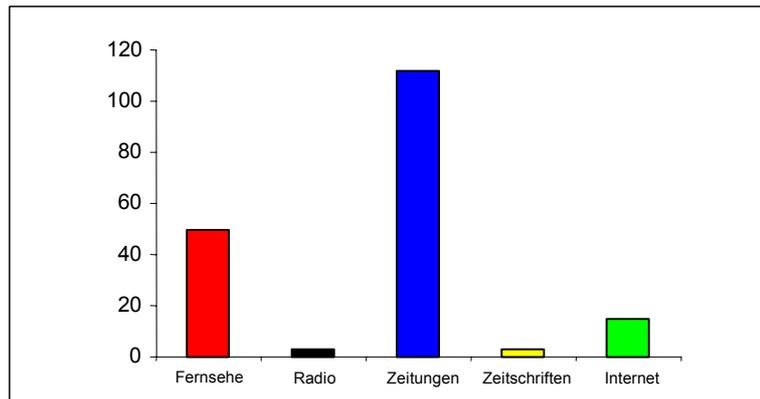
Hinsichtlich des Faktors Internet ergibt sich hier eine Ambivalenz: Es erfährt zwar, wie vorstehend erläutert, eine relativ hohe Nutzung, für den Bezug von Informationen mit politischem Hintergrund wird es aber nur von 11,48 % der Untersuchungsteilnehmer genutzt.

Gespräche mit Freunden bilden mit 9,84 % das Schlusslicht der Möglichkeiten der politischen Informationsgewinnung. Dies dürfte mit dem ohnehin relativ geringen politischen Engagement der Untersuchungsteilnehmer zusammenhängen.

Eine weitere Widersprüchlichkeit ergibt sich aus der Tatsache, dass zwar ein Großteil der Studierenden ihre Informationen aus dem Fernsehen bezieht, allerdings fast die Hälfte der Befragten (48,63 %) angeben, dass die Medien im allgemeinen Phantasieprodukte hervorbringen, die nicht die Realität widerspiegeln, nur 14,75 % sind der Meinung, dass sie ein relativ realistisches Bild der sie umgebenden Welt gäben. Darüber hinaus behaupten 46,45 % der Untersuchungsteilnehmer, dass die Medien für sie keine weitergehende Bedeutung hätten und nur der Entspannung dienten. Der Anteil der Studierenden, die angeben aus den Medien sinnvolle Informationen beziehen zu können, ist sehr gering. Allerdings glaubt nur ein sehr geringer Anteil von 1,64 % den Inhalten der Medien überhaupt nicht.

61,2 % der Studierenden meinen, dass Zeitungen das Medium sind, welches die meisten politischen Informationen vermittelt. Ein weiterer großer Anteil von 27,32 % schrieb dies

nicht den Zeitungen, sondern wiederum dem Fernsehen zu. Dementsprechend erhielten Internet, Radio und Zeitschriften eine relativ unbedeutende Bewertung.



Die Beeinflussung durch die Medien wird durch die Studierenden als relativ hoch empfunden. So waren 52,46 % der Teilnehmer der Auffassung, dass Journalisten ihnen oft eine bestimmte Meinung aufdrängen und 34,43 %, dass Fernsehnachrichten nie unparteiisch seien und dadurch unmittelbaren Einfluss auf die Meinung der Rezipienten nehmen. Die Verleitung zum Konsum durch die Medien ist bereits durch zahlreiche Untersuchungen nachgewiesen worden und wird nach Meinung von 32,79 % der Studierenden auch so empfunden. 39,34 % bzw. 37,7 % waren zudem der Meinung, dass die Medien die Bevölkerung mit Informationen überfluten, diese jedoch wenig wichtige Informationen enthalten.

Die Studierenden wurden nun hinsichtlich des Konsums von privatem und öffentlichem Fernsehen befragt. Dabei ergab sich ein relativ ausgeglichenes Bild. So erklärten lediglich 52,46 %, Privatfernsehen dem öffentlich-rechtlichen und entsprechend 47,54 % das öffentlich-rechtliche Fernsehen dem Privaten vorzuziehen. Die Begründung für den Konsum der privaten Sender lag für 90,63 % in dem höheren Unterhaltungswert. Der Konsum der öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramme geht hauptsächlich auf die Argumente der höheren Seriosität sowie dem bewussten Verzicht auf eine unterhaltsame Aufbereitung und der erkennbaren politischen Ausrichtung dieser Sender zurück.

